

## ASYLGESETZ

# Harte Humanität für die "echten Asylanten"



Echt oder falsch? Diejenigen BewerberInnen, die ein Recht auf Asyl verdient haben, erwarten von nun an in Luxemburg eine "strenge und humane Asylpolitik". (Foto: Christian Mosar)

**Nicht die Flüchtlinge missbrauchen das Recht auf Asyl. Der luxemburgische Staat missbraucht es, um den Kampf gegen vermeintliche Kriminelle zu führen.**

Der Gesetzestext sei "nicht perfekt", er enthalte jedoch die "tendances sécuritaires qui pointent dans les mentalités de beaucoup de personnes", hielt die Abgeordnete Lydie Err vergangene Woche den VerfasserInnen der Petition "Pour une autre loi sur le droit d'asile" entgegen. Die LSAP-Abgeordnete traf damit den Kern: Das Gesetz, von dem sich in Luxemburg vor allem die Flüchtlingshilfsorganisationen eine Verbesserung der aktuellen Lage erwarten, soll längst nicht nur das Recht auf Asyl regeln. Es geht auch um das genaue Gegenteil: darum, festzuschreiben, wer in jedem Fall von diesem Recht ferngehalten werden soll.

Kein Wunder, dass angesichts dieses juristischen Teufelskreises vor allem Rechtsgelehrte gegen das Gesetz Sturm liefen. Der Staatsrat formulierte nicht weniger als zwei Oppositionen formelles und lehnte auch die Dispens einer zweiten Lesung ab. Die Anwälte des Ordre des Avocats du Barreau kamen ebenfalls zu dem Schluss, das neue Gesetz sei in einigen Punkten nicht im Einklang mit "des principes généraux de droit unanimement admis". Weder diese Argumente noch die 1.157 Unterschriften der genannten Petition oder die Kritik von NGO wie ASTI oder Caritas konnten Lydie Err beeindrucken. Das war nicht immer so.

"Wa mer wëssen, dat et hei em Appréciatioune geet, em Tatbestänn, déi ganz schwéier ze beweise sinn, da kann et net sinn, dass den double Degré de juridiction, deen agefouert ginn ass, nëmmen d'Legalitéit vun der Décisioun kuckt an net méi kann op de Fong goen." Zwar waren am 17. November 1999 noch nicht alle Einzelheiten des Projektes zum neuen Asylgesetz bekannt. Dennoch nutzte die LSAP-Abgeordnete Lydie Err eine Aktualitätsdebatte im Parlament, um ihre Skepsis gegenüber einer mögli-

chen Beschneidung des Rekursrechtes von Flüchtlingen, die einen Antrag auf Asyl gestellt haben, anzumelden.

## Beamte bestimmen

Heute verweist die für das Gesetz zuständige Berichtsterstellerin der Chamberkommission Lydie Err darauf, das beschleunigte Verfahren betreffe ohnehin nur diejenigen, "faisant preuve d'un manque de coopération évident". Damit sind wohl jene gemeint, die möglicherweise auch etwas mit der "tendance sécuritaire" zu tun haben: AsylbewerberInnen, die einen Antrag stellen und anschließend alles tun, um das aussichtslose Verfahren in die Länge zu ziehen. Ihnen will auch der delegierte Außenminister Nicolas Schmit in Luxemburg keine Chance geben. "Wir wollen die "richtigen" Asylbewerber schützen", sagte er bei der zweiten Lesung in der Chamber am Donnerstag.

Die anderen, die "unechten" Asylbewerber können dem neuen Gesetz nach bis zu ein Jahr lang weggesperrt werden - ohne dass jemals ein Gericht diese Haft für rechtmäßig befunden haben muss. Auch dieser Punkt rief bei Staatsrat und Barreau scharfe Kritik hervor. Denn beide scheinen sich im Gegensatz zu den BefürworterInnen des Gesetzes darüber bewusst zu sein, dass fehlende Identitätspapiere, die zu einer Inhaftierung führen können, keineswegs nur etwas mit der mangelnden Kooperationsbereitschaft eines Flüchtlings zu tun haben. Beide weisen zudem auf die fehlenden richterlichen Beschlüsse für die Haft hin und darauf, dass es damit im Ermessen von Ermittlungsbeamten liegt, ob jemand in Abschiebehafte kommt, oder nicht. Auf diese Art schaffe man eine "différence de traitement flagrante entre demandeurs d'asile et les personnes en séjour irrégulier sur le territoire luxembourgeois", so der Barreau in seinem Avis zum Gesetz.

Eine Ungleichbehandlung vor dem Gesetz, der die Chamberkommission bekanntlich noch eins draufsetzte: Die im Gesetzesprojekt der Regierung festgehaltene Höchstdauer von 12 Monaten Aufenthalt im Centre erhöhte sie kurzerhand auf ein Jahr - und blieb trotz doppelter Opposition formelle des Staatsrates bei dieser Entscheidung: Auch hier verweist Lydie Err ihrerseits lapidar darauf, das Centre de rétention, das im Gesetz "structure fermée" heißt, sei "destiné aux personnes dont on n'arrive pas à déterminer ni l'identité, ni le pays d'origine". Auch wenn sie anerkenne, dass ein solches Zentrum eine "privation de liberté" bedeute, sei sie der Meinung, dass diese Lösung eine Verbesserung gegenüber einem Gefängnis darstelle. Was Regelungen für Kinder betrifft, so setzt die Abgeordnete auf die guten Absichten des zuständigen Ministers: Diese würden lediglich dann festgehalten, wenn ihnen die Abschiebung zusammen mit ihrem Eltern "de très bonne heure" bevorstehe. Zudem seien die NGO "autorisées à proposer divers services au sein du centre".

Optimistische Vorhersagen, über die es bislang keinerlei Gewissheit von Seiten des Gesetzgebers gibt. Denn das Règlement grand-ducal, das festlegen wird, nach welchen Regeln eine solche Einrichtung in Luxemburg funktionieren soll, gibt es bislang nicht. "Wir sind dabei, das Centre zusammen mit den NGO's zu planen", kommentierte Nicolas Schmit den aktuellen Stand. Davon, dass ein Centre de rétention, andernorts auch Abschiebeknast genannt, keineswegs besser als eine Strafvollzugsanstalt sein muss, konnte sich eine Chamberdelegation in Zürich überzeugen: "Die Einrichtung glich einem Hochsicherheitsstrakt", sagte Felix Braz, Abgeordneter der Grünen, der sich ansonsten bei der Aussprache zum Votum am Krautmarkt mit allzu scharfer Kritik erstaunlich zurückhielt.

## Streng aber human

Lediglich DP-Abgeordneter Xavier Bettel war gewillt, mit etwas mehr Leidenschaft den Luxemburger Rechtsstaat zu verteidigen. "Wenn ich aus CSV-Kreisen höre, im Centre de rétention sollten Drogendealer eingesperrt werden, die ansonsten zu schnell wieder auf freiem Fuß sind, bekomme ich es mit der Angst zu tun", so der Rechtsanwalt, der an das Rechtsverständnis seiner Berufskollegen in der Chamber appellierte. Vergeblich, denn am Ende stimmten 41 Abgeordnete dem Gesetzesprojekt zu, lediglich acht sagten Nein und zehn enthielten sich.

"Streng, aber human, das ist unsere Devise", rief der etwas erregte Nicolas Schmit der Opposition zu. "Es gibt Leute, die wollen wir nicht mehr auf der Straße herumlaufen lassen", hatte der Minister vor einem Jahr zur Notwendigkeit eines Centre de rétention gesagt. Was das im strengen Sinne mit dem Recht auf Asyl zu tun hat, können wohl nur diejenigen erklären, die einen ausgeprägten Sinn für die von Lydie Err erwähnten "tendances sécuritaires" haben. Der Logik des Rechtsstaates folgen sie nicht unbedingt.

Danièle Weber

## Luxemburger Imagesuche

Die Marketing-Beraterin Géraldine Knudson hielt in den vergangenen Wochen und Monaten im Auftrag des SchöffInnenrates 70 StadtluxemburgerInnen sozusagen einen Spiegel vor. Die auserwählten MultiplikatorInnen wurden unter anderem gefragt, was ihnen an der Stadt besonders wichtig scheint, und was für sie als deren Wahrzeichen gilt. Ziel der qualitativen Interviews ist es, an der "Marke Luxemburg" zu feilen. In einer zweiten Phase, die anlässlich eines Workshops am 12. Mai - dann mit 350 Beteiligten - ihren Anfang nimmt, soll in vier Arbeitsbereichen (Kultur und Tourismus, Wirtschaft und Handel, Soziales sowie Stadtentwicklung und Mobilität) das Wunschbild der Beteiligten zusammengeführt werden. Getreu der Ausgangsprämisse, wonach die Hauptstadt zwar vieles zu bieten hat, es aber nicht fertig bringt, dieses Angebot nach außen zu kommunizieren, setzt Bürgermeister Helming große Stücke auf die Vermarktungsoffensive, deren konkrete Ergebnisse schon im Herbst dieses Jahres vorliegen sollen. Nach dem etwas missglückten Experiment "City Manager", der die Stadt inhaltlich auf Trab bringen sollte, wird jetzt vor allem versucht, die Verpackung ansehnlicher zu gestalten.

## CSV will Reformen, verrät aber nicht welche

Der CSV-Fraktionschef rechnet vor: 2005 fehlt fast eine Milliarde Euro im Staatsäckel. Ein griffige Zahl, die sich aber weder aus der Budgetvorlage der Regierung - geschätztes Defizit 106,3 Millionen -, noch aus den neuen Schätzungen des Finanzministeriums für das Jahr 2005 herauslesen lässt. Ob eine Null mehr oder weniger, tut nichts zur Sache: Für die CSV bleiben Reformen im Bereich der Staatsfinanzen unvermeidbar. Worin diese bestehen sollen, das wollte das CSV-Triumvirat aus Generalsekretär, Präsident und Fraktionschef der versammelten Presse allerdings nicht verraten, schließlich gelte es, die Ergebnisse der Tripartite-Verhandlungen abzuwarten. Gemeinsames Credo: die Probleme liegen ausschließlich im Ausgabenbereich. Dafür zählten die Parteiberen eine ellenlange Liste an Politikbereichen auf, bei denen jetzt schon feststeht, dass in Zukunft noch mehr Geld benötigt wird: von der Forschung bis zum öffentlichen Verkehr, von der Gesundheit bis zum Kyoto-Protokoll. Einsparpotentiale wurden nicht benannt. Feindbild Nummer Eins sind die Automatismen im Ausgabenbereich. Schließlich koste jede Indexranche den Staat rund 125 Millionen Euro, so viel wie ein ganzes Pei-Museum, wie sich der Parteipräsident ausdrückte.

## Unmoralische Quickies

Hatten wir vergangene Woche großmäulig damit angegeben, die Quick-Pressekonferenz über "gesunde Ernährung" boykottiert zu haben, so müssen wir nun kleinlaut richtigstellen: Während RedakteurIn X kein gutes Haar an der Veranstaltung ließ, wurde Redakteur Y mit "Quick'n Toast" und "Supreme cheese" bestochen. Einmal mehr wusste der linke Backenzahn nicht was der rechte gerade kaute. Die Fastfood-Kette hatte den Mund jedoch noch voller genommen als wir: Quick engagiert sich mit seiner neuen Ernährungs-Heilslehre für den Kampf gegen die Verfettung der belgischen und luxemburgischen Bevölkerung. In Gegenwart eines "médecin nutritionniste" wurde unter dem Motto "100 % Plaisir / 100 % Equilibre / 100 % Sport" das neue Ernährungsprogramm vorgestellt. Ganz überzeugt war der anwesende Redakteur trotzdem nicht - über Geschmack lässt sich ja bekanntlich streiten.